

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 232.

Dienstag, den 4. Oktober 1921.

26. Jahrgang.

## Wendung nach links?

Dr. L. Lübeck, 4. Oktober.

Der Görtlicher Beschluß stößt im ganzen Lande auf starken Widerspruch. Nicht daß man von einer eigentlichen Opposition reden könnte; denn mit dem Wortlaut der bekannten Resolution konnte im Grunde genommen jeder ehrliche Sozialdemokrat sich einverstanden erklären. Wogegen der Widerspruch sich einzig und allein richtete, das war die aus einigen Görtlicher Reden herausklingende verschleierte Absicht, jetzt einmal mit der Volkspartei einen Versuch zu machen. Diese unglückseligen Redewendungen, die sofort den ganzen Görtlicher Ton auf die Frage abstimmen mit oder ohne Volkspartei, waren und sind in Wirklichkeit die Ursache für den Streit über das Görtlicher Ergebnis. Es waren vor allem bürgerliche Zeitungen, die aus diesen Reden nur die Bereitschaft heraushörten, sich auf eine Vorbereitung der Koalition nach rechts einzustellen. Dieser Eindruck wurde denn auch bei den Parteigenossen im Lande ziemlich allgemein; besonders deshalb, weil man auf den Antrag des Parteivorstandes ganz und gar nicht vorbereitet war. Dies löste die Mißstimmung aus, die jetzt als Opposition angesprochen wird. Nun erklären aber der „Vorwärts“ und führende Genossen, daß alles das nur ein Mißverständnis war; daß die Partei mit den unglücklichen Reden einiger ihrer Referenten selbst nicht einverstanden und daß ihr nach wie vor die Einigkeit der sozialistischen Arbeiterklasse das höchste Ziel sei.

Gerade jetzt und in den nächsten Tagen hat die Partei Gelegenheit, zu beweisen, daß es sich in Görtlich tatsächlich nur um Fehlgriße einiger Referenten und um Mißverständnisse handelte; und sie hat damit auch Gelegenheit, die Auseinandersetzung über den Görtlicher Beschluß zu beenden und zu einer rasch vergessenen Episode zu machen. Wir, die man jetzt Opposition nennt, werden dann beweisen, daß kein anderes Ziel uns vorschwebt, als eben das Ergebnis von Görtlich zu klären und aus dem Duster des Zweifels herauszuheben.

Und es ist zweifellos auf den Druck dieser Mißstimmung in den größten Ortsgruppen zurückzuführen, wenn die Parteileitung sich bemüht, unter allen Umständen unser Verhältnis zur USP. völlig zu klären, bevor irgend welche bindenden Abmachungen mit bürgerlichen Parteien getroffen werden sollen.

Auf die Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen sie zu einer Koalition bereit wären, haben die Unabhängigen sehr klug geantwortet. Sie schickten voraus, daß sie ja bisher schon die Regierung Wirth unterstützt hätten, und daß sie das auch fernerhin zu tun entschlossen seien, unter der Bedingung, daß mit der Erfassung der Goldwerte Ernst gemacht werde, daß man die Verwaltung und Justiz endlich demokratisiere und daß die Regierung die Sozialisierung der Bergwerke fördern wolle. Und die Gegenfrage, ob die bürgerlichen Parteien auf diese Bedingungen eingehen werden, läßt ohne weiteres den Schluß zu, daß in diesem Falle die USP. zur positiven Regierungsteilnahme bereit wäre.

Die Sozialdemokratie hat selbstverständlich diese Frage sofort an die bürgerlichen Parteien weitergeleitet; und es ist nach unserem Ermessen ausgeschlossen, daß solche Parteien, die es mit der Republik ernst und ehrlich meinen, die Bedingungen der USP. glattweg ablehnen. Daß diese Parteien ihrerseits auch Bedingungen zu stellen haben, ist natürlich; und sie werden auch mancherlei Bedenken äußern, z. B. wegen des herüchtigten Leipziger Aktionsprogramms. Aber dies müßte sich alles überbrücken lassen, besonders angesichts der maßvollen Mindestforderungen der USP., die im Grunde von unsern Görtlicher Forderungen kaum abweichen.

Sollte das Zentrum oder die Demokraten so von allen guten Geistern verlassen sein (wie es zurzeit in Lübeck der Fall ist), daß sie die Unabhängigen ohne Bestimmen als nicht koalitionsfähig ablehnen, so ist auch für uns eine gänzlich neue Lage geschaffen. So verändert sich die taktische Situation von Tag zu Tag, und es ist deshalb vom Uebel, durch

irgendwie allgemein gültige Regeln unsere Freiheit des Handelns einzuschränken. Insofern hätte ja der Görtlicher Beschluß ein Segen sein können, wenn er nicht zu sehr mit dem Mißverständnis des obengenannten Mißverständnisses versehen wäre.

Es ist ein besonderer Zufall, daß ungefähr gleichzeitig mit dem taktisch klugen Brief der Unabhängigen eine Erklärung des Abg. Mittelmann in der Nationalliberalen Korrespondenz, dem amtlichen Organ der deutschen Volkspartei, das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Mittelmann erklärt darin, daß die Deutsche Volkspartei jede Festlegung auf die Republik unbedingt ablehne, und wenn auch nicht den Rücktritt Dr. Wirths und Rathenaus, so doch eine grundsätzliche Änderung ihrer Politik fordere.

So geschieht die unabhängige Antwort ist, so ungeschickt ist die Erklärung Mittelmanns; und die Gegenüberstellung beider Meinungen beweist, daß die sogenannte Görtlicher Opposition jetzt schon recht bekommen hat, wenn sie behauptete, es ist bedeutend leichter mit der USP. auf eine vernünftige Aktionsbasis zu kommen, als mit der Volkspartei. Görtlich gab, wenigstens nach außen, den Anschein einer Rechtsorientierung der Sozialdemokratie. Die Entwicklung der Verhältnisse und die Stimmung der Massen der Partei haben eine Linksorientierung auf natürlichem Wege hervorgerufen.

So ist gegenwärtig die Lage: Wenn man hier und dort anzunehmen geneigt ist, daß unsere Fragen und die Antwort der Unabhängigen nur taktische Schachzüge seien, so ist auf unserer Seite davon gar keine Rede, was auch der „Vorwärts“ ausdrücklich feststellt. Und was die Unabhängigen betrifft, so besteht doch berechtigte Hoffnung, daß auch sie die ehrliche Absicht haben, endlich ihre Abstinenzpolitik, die nach dem Kapp-Putsch so verhängnisvolle Folgen hatte, aufzugeben. Jedenfalls haben sie ihre grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik fallen lassen; und sie haben damit einen außerordentlich wichtigen Schritt vorwärts auf dem Wege der Annäherung an die alte Sozialdemokratie getan. Wäre dieser Schritt schon vor unserm Parteitag gemacht worden, an Stelle der törichten Görtlicher Rede Crispians, so wäre dort manches anders geworden. Es hat aber jetzt wenig Zweck, rückschauende Tatsachen zu bedauern, die nicht mehr zu ändern sind.

Wenn diese Entwicklung der USP. auch reichlich spät kommt, so begrüßen wir sie trotzdem mit großer Genugtuung. Und wir werden für unsere Politik die Folgerungen daraus ziehen müssen, die sich im Interesse des Proletariats von selbst ergeben.

### Interfraktionelle Beratungen.

Berlin, 3. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag mittag hat in der Reichskanzlei eine interfraktionelle Besprechung der Koalitionsparteien stattgefunden, in der in der Hauptsache die Schwierigkeiten des Steuerproblems beraten wurden. Die Sozialdemokraten forderten auch in dieser Sitzung vom Reichskanzler Auskunft über die künftigen Besteuerungen und ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Erweiterung der augenblicklichen Regierungskoalition für die Sozialdemokratie erst spruchreif ist, wenn über die neuen Steuern völlige Klarheit herrscht. Da noch nicht feststeht, welche Beiträge die Industrie zur Erfüllung der Reparationsleistungen in Devisenform zur Verfügung stellen wird, konnte Dr. Wirth über Art und Umfang der Steuerpläne noch nicht völlige Klarheit geben. Zunächst gedenkt der Reichskanzler jetzt mit den Führern der Industrie, die in den nächsten Tagen von ihrer Münchner Tagung zurückkehren, neue Verhandlungen anzuknüpfen. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen und den eventuellen Maßnahmen, die die Regierung auf Grund dessen ergreifen könnte, wird die Entscheidung der Sozialdemokratie in allen wichtigen Fragen der Politik für die Zukunft abhängen.

Auch die Frage der Regierungsumbildung und im Zusammenhang hiermit die Antwort der USP. auf die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde gestreift. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird zwischen den in Frage kommenden Parteien ein Schriftwechsel stattfinden, der Klarheit darüber bringen soll, ob und unter welchen Umständen die bürgerlichen Parteien der kommenden Koalition mit dem Einverständnis der Unabhängigen in das neue Regierungsverhältnis einverstanden sind. Es ist zu erwarten, daß dieser Schrift-

wechsel nicht vor der Mitte der kommenden Woche erledigt sein wird. Schon aus diesem Grunde, besonders aber auch, weil über die Steuerfrage noch keine Klarheit herrscht, werden neue Verhandlungen über die Umgestaltung der Reichsregierung nicht vor Ende der nächsten Woche stattfinden. Aber auch diese eventuellen Beratungen bringen voraussichtlich noch keine Lösung des Regierungsproblems, da nach Erledigung der Steuerfrage zunächst die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich mit derselben befassen wird, um dann auf Grund des Ergebnisses der Steuerfrage zu der Regierungsumbildung Stellung zu nehmen gedenkt. Es ist beabsichtigt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wenn es notwendig ist, auch außer der Tagungszeit des Reichstages zusammenzubekommen.

### Konferenz in der Reichskanzlei.

Berlin, 4. Oktober.

Der „Vorwärts“ berichtet: Die gestrigen Besprechungen der Parteivertreter beim Reichskanzler beschäftigten sich in der Hauptsache mit dem Steuerprogramm. Von sozialdemokratischer Seite wurde kein Zweifel daran gelassen, daß eine Umbildung der Regierung nicht in Betracht gezogen werden könne, so lange in dieser Frage nicht volle Klarheit geschaffen sei. Das Projekt der Devisenbeschaffung durch die Industrie liegt aber noch ganz im Ungewissen, zumal die Hauptvertreter der Industrie noch nicht aus München nach Berlin zurückgekehrt sind. Eine ungeklärte Frage ist auch, in welcher Weise freiwillig beschaffte Kredite auf die Besteuerung und ihre Regelung Einfluß gewinnen sollen. In all diesen Fragen wird man erst klar sehen, wenn die Konferenz stattgefunden haben wird, die der Reichskanzler Dr. Wirth in den nächsten Tagen mit den Vertretern von Handel, Industrie und Landwirtschaft haben wird. In der Frage der Heranziehung der U. S. P. zur Regierungsbildung soll, nach den gestrigen Besprechungen, der Weg schriftlicher Erklärungen beschritten werden. Die Sozialdemokratische Partei wird an Zentrum und Demokraten mit der Anfrage herantreten, wie sie sich zum Antwortschreiben der U. S. P. vom 1. Oktober stellen. Die bürgerlichen Parteien werden darauf schriftlich formulierte Antworten erteilen. Mündliche Verhandlungen über die Frage der Regierungsbildung im Reiche werden voraussichtlich nicht vor Mitte der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.

### Die preussische Koalition.

Berlin, 4. Oktober.

Im Landtag fand gestern eine mehrstündige Besprechung der Fraktionsführer von der Deutschen Volkspartei bis zur S. P. D. statt, um die Grundlagen für eine etwaige Koalition zu prüfen. Die S. P. D. berichtete über die gestrigen Verhandlungen: Die Sozialdemokraten forderten mit Nachdruck, daß auch die Unabhängigen zur Regierungsbildung herangezogen werden. Sie berieten sich insbesondere auf die Erklärung der Demokraten vom 13. September 1921, daß alle Parteien zur Regierung herangezogen werden müßten, welche sich auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen, sowie auf entsprechende Erklärungen des Zentrums. Trotz mancher Vorbehalte erklärten schließlich Zentrum und Demokraten, daß sie grundsätzlich keine Bedenken gegen die Hinzuziehung der Unabhängigen zur Regierungsbildung hätten. Die Deutsche Volkspartei hat sich ihre Antwort bis zum Donnerstag vorbehalten.

### Die obereschlesische Entscheidung.

Paris, 4. Oktober.

Die französischen Abendblätter melden aus Genf, daß der Rat des Völkerbundes in der Lage sein wird, am Sonntag oder sogar schon am Sonnabend dieser Woche seine Ansicht über die Lösung der obereschlesischen Frage auszusprechen. In diesen Tagen werde dem Obersten Rat die Entscheidung, die der Völkerbund vorschlägt, mitgeteilt werden.

### Die deutschen Gewerkschaften an den Völkerbund.

Lu. Rattowitz, 4. Oktober. (Berl. Tageblatt.) Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben am 1. Oktober durch Vermittlung des Generalsekretärs des Völkerbundes in Genf ihre nach Genf berufenen Vertreter Ehrhard, Franz und Giese ersuchen lassen, den Völkerbundrat um Entsendung von Vertretern nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabsehbaren Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung ist die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unabweisbar notwendig. Diese örtliche Prüfung kann auch durch die mündliche Bernehmung der Vertrauensmänner der deutschen Gewerkschaften in Genf nicht ersetzt werden.

## Eine symbolische Wahl in Paris.

Paris, 3. Oktober. (WZ.) In einer Nachwahl zum Munizipalrat wurde in Paris der wegen Meuterei bei der Schwarzmeerflotte verurteilte Kommunist Marty gegen einen von den Radikalen aufgestellten Kandidaten mit 4574 gegen 1644 Stimmen gewählt.

André Marty war als Deskoffizier an Bord eines kleinen Kriegsschiffes Führer jener Meuterei, die in der Schwarzmeerflotte im Frühjahr 1919 vor Odessa ausgebrochen war. Odessa war damals in die Hände der Bolschewiki gefallen und die französische Flotte erhielt den Befehl, die Stadt zu beschließen. Die meisten Besatzungen weigerten sich, dem Befehl Folge zu leisten mit der Begründung, daß eine Kriegserklärung zwischen Frankreich und Rußland nicht bestünde und daher eine solche Beschießung verfassungswidrig wäre. Der kommandierende Admiral ließ die Flotte nach Frankreich zurückkehren, nachdem er kein Ehrenwort gegeben hatte, daß keinem der Meuterer etwas geschehen würde. Kaum waren sie jedoch wieder in Toulon, wurden 17 Rädelsführer verhaftet und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, vor allem der Deskoffizier Marty zu 20 Jahren. Seitdem führten die Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaftler und selbst linksstehende Bürgerliche einen zähen Kampf für die Begnadigung und Freilassung der Verurteilten, insbesondere des geistig und moralisch sehr hochstehenden Marty. Bei der gestrigen Wahl, die in dem reinen Arbeiterviertel Charonne stattfand, war Marty gemeinsam von den Kommunisten und Sozialisten aufgestellt. Ob seine Wahl als Gemeinderatsmitglied an sich genügt, um die Freilassung zu erwirken, steht noch nicht fest, doch der moralische Druck dieser Demonstration ist jedenfalls nicht zu unterschätzen.

## Sozialisten ieg in Schweden.

Gewinn: 24 Mandate.

Stockholm, 2. Oktober. (WZ.) Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages liegt jetzt vor. Die Sozialdemokraten haben 640 000 Stimmen und 93 Mandate (früher 75) erhalten, die Konservativen 454 000 Stimmen und 62 (früher 71), die Liberalen 332 000 Stimmen und 41 Mandate (früher 48), der Bauernbund 185 000 Stimmen und 21 Mandate (früher 29), die Linkssozialisten 6 Mandate (früher 5) und die Kommunisten 7 Mandate (früher 2). Die bürgerlichen Parteien haben also zusammen 24 Mandate an die sozialistischen und kommunistischen Parteien verloren.

Genf, 3. Oktober. (WZ.) Der Führer der schwedischen Delegation, Branting, der zum Ministerpräsidenten in Schweden ausersehen ist, hat gestern Genf verlassen, um sich nach Stockholm zu begeben.

## Zum ungarischen-österreichischen Konflikt.

Wien, 3. Oktober.

Die ungarische Regierung scheint die Absicht zu haben, dem Ultimatum der Botschafterkonferenz dadurch Rechnung zu tragen, daß sie ihre Truppen und Gendarmen aus dem Burgenland zurückruft und das Uebergabeprotokoll an die interalliierte Generalmission in Oedenburg heute unterzeichnen will. Auf eine diesbezügliche Anfrage der interalliierten Generalmission, ob die österreichische Regierung geneigt sei, ihren Vertreter in Oedenburg zu beauftragen, das Uebergabeprotokoll zu unterzeichnen und zur Befestigung des Landes zu schreiten, hat die österreichische Regierung geantwortet, daß eine solche Uebergabeformalität vollkommen illusorisch sein müsse, solange sich das Land in den Händen der Banden befinde. Oesterreich sei daher nicht in der Lage, unter den gegenwärtigen Umständen das Uebergabeprotokoll zu unterzeichnen und zur Bestätigung des Landes zu schreiten. Die Großmächte hätten vielmehr die Verpflichtung, Oesterreich nicht nur das Burgenland zu übergeben, sondern auch die Garantien für die unge störte Bestätigung und den Besitz selbst zu schaffen.

## Ungarn gibt nach!

Budapest, 3. Oktober.

Die ungarische Regierung hat beschlossen, sich der Note der Botschafterkonferenz zu unterwerfen. Eine amtliche Note gibt bekannt, das Westungarn vor dem 4. Oktober geräumt werden wird.

## 6 Milliarden für den Wohnungsbau?

Berlin, 3. Oktober.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit einem Antrage des demokratischen Abgeordneten Bahr, die Mißsteuer, die bisher 5 bis 10 Prozent beträgt, für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 auf 110 vom Hundert des Marktwertes zu erhöhen. Kleinrentner mit einem Einkommen bis zu 15 000 Mk. sollen von der Abgabe befreit werden können.

Gegen diese gewaltige Erhöhung der Mißsteuer wandte sich der Staatssekretär im preussischen Wohnungswesenministerum von Schödt.

Er würde begünstigen, wenn die Mißsteuer auf etwa 20 bis 30 Prozent erhöht würde. Mehr aber sei zurzeit nicht zu tragen. Berücksichtigt man, daß zur Mißsteuer noch die nachstehenden finanziellen und gemeindefinanziellen Grundsteuer und die unvermeidlichen Reparaturkosten kommen, so erziehe bei der Annahme des Antrages Bahr die Mißsteuererhöhung etwa 25 Prozent. Das würde eine Revolutionisierung unseres Wohnungswesens bedeuten. Die Realisierbarkeit sei übrigens nicht nur eine Finanzfrage, sondern eine Frage der gelehrten Arbeiter. Infolge Abwanderung, Kriegserlösen und Mangel an Kapital sei es

sehr an gelehrten Bauarbeitern Abg. Silber Schmidt (Soz.) wandte sich ebenfalls gegen den Antrag Bahr. Silber Schmidt hat auf dem Mieter-Kongress in Dresden den Eindruck gewonnen, daß die Mieter gewillt sind, eine Mietpreiserhöhung zu tragen, wenn sie Sticherheit für die Erfüllung folgender Bedingungen haben: 1. Ausbau des Mieterrechts. 2. Absolute Gewißheit, daß die Mietpreiserhöhung der allgemeinen Wohnungswirtschaft und nicht der Bereicherung der Hausbesitzer diene. 3. Daß es sich nur um Zwischenmaßnahmen mit dem Ziele der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen handelt. Im Laufe der langen Debatte schlug der Zentrumsabgeordnete Schlad eine freiwillige Ueberschneidung der gelehrten Bauarbeiter und eine Prozentige Lohnsteuer, die von den Unternehmern getragen werden sollte, vor. Schließlich faßte der Ausschuß seinen Willen in folgender Resolution zusammen, die der Reichsregierung als Richtlinie für die alsbaldige Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau dienen soll:

1. Es ist anzustreben, daß in den Jahren 1922 bis 23 mindestens je 200 000 Wohnungen gebaut werden.

2. Zur Deckung der unrentierlichen Baukosten sind im Jahre 1922/23 von den Ländern und Gemeinden mindestens 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen.

3. Zu diesem Zwecke ist das Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni (Mißsteuer) weiter auszubauen.

4. Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Baukosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgaben aufzubringen, so ist den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.

Ein Antrag Silber Schmidt empfiehlt der Reichsregierung, neue Quellen zur Finanzierung von Neubauten durch Leistungen zu erschließen, die von der Industrie und der Landwirtschaft aufgebracht werden. Gegen die Punkte 3 und 4 der Resolution stimmten die Unabhängigen und die Kommunisten.

## Die Schupo im Hungerstreik.

Wieder können Monarchisten und Militaristen über Meuterei in der Schupo jammern, wie im Chemnitzer Falle. In Halle verweigern die Schupo-Beamten die Entgegennahme der Verpflegung und zwar nicht ohne guten Grund. Während die Bezüge der Beamten nur um 1/4 erhöht wurden, steigerte man die Verpflegungssätze, den Betrag, den die Beamten für Essen und Trinken entrichten müssen, von 8 Mark auf 10.50 Mark also um fast 1/3. Die Kaiserinnenverpflegung genügt nun den Beamten nicht, weshalb sie noch einen kleinen Teil ihres Einkommens zu der Beköstigung verwenden müssen. Dem Faß wurde aber dadurch der Boden ausgeschlagen, daß bei der letzten Gehaltsauszahlung die erhöhten Sätze für die Lebensmittel rückwirkend ab 1. August abgezogen wurden, so daß die Beamten nur etwa 300 Mk. erhielten, also einen Betrag, der noch nicht einmal reicht, um die im laufenden Monate ausgehändigte Kaiserinnenverpflegung zu begleichen. Die Anordnungen für die Zahlung eines erhöhten Verpflegungssatzes und den rückwirkenden Abzug sind vom Ministerium des Innern abgelehnt worden, ohne vorher die Vertreter der Beamten zu hören. Auch das hat dazu beigetragen, daß sich die Beamten in Halle jetzt weigern, die Kaiserinnenbeköstigung zu empfangen. Wir sind der Ansicht, daß schnelligst ein Weg zur Verständigung gefunden werden muß. Mit Anwendung der militärischen Kommandogewalt, die man sich scheinbar unter Herrn Dominicus wieder zu eigen gemacht hat, ist garnichts zu erreichen. Hoffen wir, daß das System Dominicus bald seine Erlebigung findet und ein anderer Geist im preussischen Ministerium des Innern einkehrt.

## Natürlich ein Deutschmonarchist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet über einen gewissen Hugo E. Lüddecke, der in Danzig die „Macht“ herausgab. Er gab sich als großer Nationalist und Monarchist und jubelte laut über den Mord an Erzberger. Jetzt ist er als Ententespion entlarvt worden und erklärt zynisch, daß sein Blatt nur das Narrenschiff gewesen wäre, an dem er die Alldeutschen herumgeführt hätte. Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt die Besprechung des Falls mit dem Satz: „Lüddecke ist einer — wieviele mögen sonst noch gegen Geld für die Entente tätig sein, Leute, vor denen selbst feindliche Offiziere ausspähen?“ Ja, wieviele, die sich als Deutschnationalen geben, mögen sonst noch im Ententesold stehen? Aber noch schädlicher sind politisch die Deutschnationalen, die nicht von der Entente bezahlt werden und doch mit ihrem Geiz nur die Geschäfte des Ententesmilitarismus und Ententesimperialis mus besorgen.

## Wui Spinn!

Die Deutsche Volkspartei lernt und vergißt nichts. Vor den Reichstagswahlen 1920 pries sie sich den Wählern als härteste Kampfgruppe gegen die Sozialdemokratie an: „Von roten Sesseln macht Euch frei allein die Deutsche Volkspartei“. Jetzt 14 Tage vor den Berliner Stadtverordnetenwahlen klebt an allen Berliner Anschlagplätzen ein Plakat der Deutschen Volkspartei, auf dem die Sozialdemokratie als eine widerwärtige Spinne dargestellt ist, die Rathaus, Schloß, Dom und Brandenburger Tor von Berlin mit ihren roten Fäden überzieht. „Zerreißt das rote Netz wählt Deutsche Volkspartei!“ heißt die Wahlparole dieses „rechten Flügels der erweiterten Koalition“.

Die Deutsche Volkspartei wird sich irren. Sie hat die roten Ketten nicht sprengen können, und sie wird nicht dadurch härter, daß sie jetzt diese Ketten als Spinnweben lächerlich zu machen sucht. Und Spinnweben nützt zu zerreißen, braucht man ja wohl nicht die Fäden der Deutschen Volkspartei sondern höchstens ein Paar alte Scherenzwecken. So könnte man aus dem Bilde vielleicht auch eine bessere Selbsteinschätzung der Volksparteiler schließen. Aber ihre freundschaftliche Gefinnung für die Sozialdemokratie ist offenbar ganz die gleiche wie im Juni 1920.

## Der Botschafterposten in Warschau.

SPD. Berlin, 3. Oktober.

Die bürgerliche Presse stellt ein eifriges Rätselraten über die Frage an, wer wohl deutscher Botschafter in Washington werden möge. Ein Teil der Zeitungen nimmt die Ernennung des bisherigen Reichsministers Hermes als sicher an. Wahr ist indes nur, daß unter den Kandidaten auch Hermes genannt wurde. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Haniel, dessen Name ebenfalls durch die Presse geht, kommt für den Posten schon deshalb nicht in Betracht, weil er zur Zeit der Kriegserklärung Botschafter in Washington war, also in die damalige deutsche Politik in Amerika verwickelt gewesen ist.

## Die Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter.

Im April ds. Jrs. haben sich die Bauhütten für Rheinland und Westfalen zu einem Betriebsverband, Sitz Dortmund, zusammengeschlossen. Dieser Verband erstreckt seinen Wirkungsbereich nicht, wie der Name vermuten läßt, über die ganzen Provinzen Rheinland und Westfalen, sondern umfaßt nur das Ruhrkohlengebiet und die Bezirke Hagen und Münster. Düsseldorf, Krefeld usw. gehören schon nach Köln, und Mielefeld nach Hannover. Im Bezirk des Verbandes bestehen soziale Baubetriebe in Bochum, Dier-Gladbeck, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Münster und Witten. Angehörige Malereigenossenschaften befinden sich in Essen, Hagen und Hamm. In den 8 Baubetrieben waren am 31. Juli 888 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, das sind durchschnittlich 105 Personen auf einen Betrieb. Bei den Malereigenossenschaften stehen 24 Gehilfen in Arbeit. Für 80 Millionen Mark Aufträge befinden sich augenblicklich in der Ausführung, während 13 Millionen noch der Erlebigung harren. Bis zum 31. Juli ds. Jrs. sind von den Bauhütten Neubauten für 794 Wohnungen übernommen. Mit Fug und Recht kann behauptet werden, daß die sozialen Baubetriebe sich durchgesetzt haben. Je mehr Arbeiten zur Ausführung gelangen, desto mehr wächst das Vertrauen der Auftraggeber.

Wenn so die genügend fundierten und gutgeleiteten sozialen Baubetriebe sich ausgezeichnet entwickeln, so hat die „Soziale Bauwirtschaft“, die Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, umso mehr Recht vor der Gründung solcher Produktivgenossenschaften zu warnen, wenn weder die nötigen Betriebsmittel, noch eine geeignete technische und kaufmännische Leitung, noch ein tüchtiger Arbeiterstamm vorhanden ist. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat seine Orts- und Bezirksvereine aufgefordert, auf die Gründung sozialer Baubetriebe ein wachsames Auge zu haben, damit nicht ungesunde Gründungen den Ruf der großen Sache schädigen.

## Vom Oppauer Trümmerfeld.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir folgende Ausführungen im „Grundstein“, die die Frage akut werden lassen, ob die mitgeteilten Zahlen der Todesopfer denn den wirklichen Verlusten an Menschenleben entsprechen. Eine Aufklärung erscheint uns dringend notwendig:

„Die Befürchtung, die in Nr. 40 des „Grundstein“ ausgesprochen wurde, daß bei der furchtbaren Explosion in der Badischen Anilin- und Sodafabrik hunderte von Bauarbeitern tödlich verunglückt seien und viele sich noch unter den Trümmern befinden würden, ist leider zur Tatsache geworden. Unser Bezirksverein Mannheim-Ludwigshafen und besonders unsere alte und gut funktionierende Zählstelle Oppau haben furchterliche Verluste erlitten. Noch läßt es sich, trotz aller Bemühungen unsererseits nicht feststellen, wie groß der gesamte Verlust an Bauarbeitern ist, da täglich noch Tote aus den Trümmern hervorgebracht werden. Diese Bergungsarbeiten dürften noch mehrere Wochen dauern. Furchtbaren Sachschaden haben unsere Mitglieder in Oppau erlitten. Viele von ihnen stehen anstatt vor ihrem kleinen Häuschen, vor einem Trümmerhaufen. Groß ist auch die Zahl der toten und verwundeten Männer, Frauen und Kinder, die die Explosion in der Wohnung überrascht hat. Es gibt nur wenige von den etwa 9000 Einwohnern des Ortes, die keine Verletzungen erlitten haben. Ohne Sachschaden ist niemand davon gekommen.“

Von nachstehenden Baufirmen haben wir bisher einwandfreie Feststellungen über die Zahl von toten, verwundeten und vermischten Kollegen erhalten. Von den bei der Firma S. Zimmermann-Ludwigshafen Beschäftigten sind 23 Kollegen tot, 9 vermisst, 20 schwer verletzt, 19 leicht verletzt. Bei der Baufirma Gebrüder Kraß, G. m. b. H., in Ludwigshafen, sind 38 Kollegen tot, 10 vermisst, 46 verletzt. Bei der Baufirma Josef Hoffmann Söhne, G. m. b. H., Ludwigshafen, sind 62 Kollegen tot. Die Zahl der Verletzten und Vermischten ist bisher noch nicht festgestellt. Bei der Baufirma Wagh & Freytag, A.-G., Oppau, sind 76 Kollegen erkennbare Tote, 12 unerkennbare Tote, 64 verletzt, 33 vermisst. Das sind von 4 Baufirmen zusammen 211 tote, 52 vermisste und 149 verletzte Kollegen. Leider besteht die Gefahr, daß sich von den Vermischten nur noch wenige am Leben befinden. Die Mehrzahl dürfte tot unter den Trümmern liegen. Von den Baufirmen Dyckerhoff & Widmann, Brand, Süß & Ebersbach, Christoph Herrmann & Sohn, Monierbaugesellschaft usw., die zum Teil auch in nächster Nähe der Unglücksstätte Bauarbeiten ausführten, haben wir einwandfreie Feststellungen über die Zahl der Verunglückten noch nicht erhalten können; jedoch dürfte dies in nächster Zeit möglich sein.

Bei einem Vergleich mit den bisher offiziell mitgeteilten Zahlen scheint es, als sei die größte Mehrheit der Getöteten Bauarbeiter. Oder gelten die amtlichen Zahlen nur, soweit Fabrikarbeiter in Betracht kommen?

Daß unser Verbandsvorstand für die Verunglückten und ihre Hinterbliebenen, sowie für die, die Hab und Gut verloren haben, eine halbe Million Mark zur Verfügung stellte, hat unter unsern Mitgliedern große Befriedigung hervorgerufen. Den Dank dafür wird unsere Organisation außerdem noch an anderer Stelle erhalten. An unsere Kollegen in allen Orten Deutschlands richten auch wir da dringende Erlagen, sich tatkräftig an der allgemeinen Sammlung für die Opfer zu beteiligen; denn es sind in der Hauptsache unsere Berufskollegen, die durch diese furchtbare Katastrophe in namenloses Elend geraten sind.

## Ueber 500 Tote in Oppau.

Mannheim, 3. Oktober. (WZ.) Nach der achten und neunten Totenliste ist die Zahl der erkannten Toten auf 373 gestiegen. Unerkannte Tote werden jetzt 75 gezählt. Die Zahl der Vermischten betrug nach der letzten Veröffentlichung 177.

# Görlitz und die russischen Sozialrevolutionäre.

Die „Wolfa Kossij“, das in Prag erscheinende Parteiorgan der russischen Sozialrevolutionäre, würdigt die Ergebnisse von Görlitz folgendermaßen:

Man kann die Argumente der Mehrheitsvertreter kaum gutheißen. Die Volkspartei wurde noch unlängst von der sozialistischen Mehrheit selbst als Hort der Reaktion, des Chauvinismus und des Hasses gegen den Sozialismus bezeichnet. Der Parteitag stellte zur Bedingungen des Bestehens der Sozialisten in der Regierung die Demokratisierung aller Staatsinstitutionen und die Republikanisierung der Reichswehr und Reichspolizei. Kann man aber erwarten, daß diese Maßnahmen von der Volkspartei unterstützt werden, die geistig und materiell mit den Anhängern des alten Regimes verbunden ist?

Die Beschlüsse des Görlitzer Parteitags, mag man sie wie damals würdigen, schädigen aber auch das Werk der sozialistischen Einigung, die in Deutschland die einzige Garantie der Republik darstellt. Die Beschlüsse der Mehrheit über die Mitarbeit mit der Volkspartei werden wieder die Unabhängigen zurückstoßen, die bereits im Begriff standen, sich mit den Mehrheitssozialisten zu einigen. So bleibt diese Einigung abermals der Zukunft vorbehalten.

## Der Menschenhinder als Gefangenaufseher.

Durch die Presse ist kürzlich die Mitteilung gegangen, daß zwei der wegen Gefangenenmißhandlung verurteilten früheren Angehörigen des Freikorps „Mulo“ namens Walter und Biskup als Aufseher im Gefängnis zu Schweidnitz angestellt worden seien. Tatsächlich ist, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, vor einigen Monaten der Offiziersstellvertreter Walter als Arbeitsaufseher in der Strafanstalt in Schweidnitz angestellt worden, weil der Vorsteher nicht wußte, daß er mit einem der verurteilten Angehörigen des Freikorps „Mulo“ identisch war. Walter scheidet nunmehr nach Ablauf der Kündigungsfrist am 3. November d. Js. aus seinem Dienst aus. — Ueber eine Beschäftigung des Biskup im Gefängnisdienst hat sich nichts ermitteln lassen.

## Gespräch mit Stinnes.

In der letzten Nummer des „Tagebuches“ lasen wir: Hugo Stinnes hat schon seinen Lebenshistoriographen. Ein junger Volkswirtschaftler hat im Wielandverlag in München eine Monographie „Hugo Stinnes“ erscheinen lassen. Der junge Verfasser verbirgt schamhaft seinen Namen, er schreibt unter dem etwas scherzhaften Pseudonym Hermann Brindmayer.

Stinnes ist ein Arbeitsnarr, das erzählen alle, die ihn kennen. Zu anderem Genuß als zu Geschäften so ziemlich unfähig, ein bis zur zweiten Nachthälfte besserer Kaufmann. Keine harmonisch, heitere, gelassene Persönlichkeit, sondern ein überreizter gespenstisch blasser Mann. Raslos durch Deutschland, durch Europa getrieben. Immer von seinen fixen Ideen verfolgt und beengt. Natur, Musik, Frauen, Kunst — was ist das? Das Telephon ist wichtiger. Was treibt den Mann zu dieser Arbeitssaserei? Wie rechtfertigt er sein armes Dasein vor sich selbst?

Dr. Brindmayer erzählt: Vor nicht langer Zeit ging ein Arbeiterführer nach einer anstrengenden Sitzung mit Stinnes nach Hause. Im Gespräch fragte er ihn: Sagen Sie doch mal Herr Stinnes, für was schutzen und quälen Sie sich eigentlich so? Stinnes sah ihn mit einem merkwürdigen Augenaufschlag an und sagte: „Für meine Kinder.“

Es gibt keine Antwort die den geistigen Bankrott des Stinnesystems knapper und klarer ausdrückt. Man braucht nur an Stelle des Namen Stinnes den Namen Thyssen oder Bleichröder zu setzen, um das beschämende Ungenügende dieser Antwort zu erkennen. Die Antwort zeugt von einem Mangel an Erinnerung. Am Ende ist auch Stinnes Leben nicht deshalb lustvoll gewesen weil er so und so viel tausend Mark am Tage ausgeben konnte, sondern weil er als wirtschaftlicher Denker und Konstrukteur geschaffen hat. Das Bauen war beglückend! Eben dies verhindert er, indem er seinen Söhnen den fertigen, gar nicht mehr zu überblickenden Riesenbau hinterläßt — im Grunde nur zu dem gesunden Zwecke, ihn wieder zu demolieren. Der Sozialist ist im Recht, wenn er fordert, daß ein Gesellschaftszustand geschaffen werde, indem ein Stinnes auf die Grundfrage nach dem Sinn seiner Arbeit eine befriedigende Antwort geben könne, nicht diese armselig-konventionelle Verlegenheitsphrase. Doch ehrt es Stinnes, daß er dem Arbeiterführer nicht mit einer Antwort gekommen ist, wie sie dem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei eigentlich geziemt. Er hätte sich in die Brust werfen und sagen können: „Für das deutsche Volk.“ Es ehrt den Milliardär, daß er diese Antwort nicht über die Lippen brachte.

## Die Unabhängigen in Verlegenheit.

In der Parteidiskussion über den Görlitzer Beschluß ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die für die Republik bedrohliche Situation in der Hauptsache der nach der letzten Reichstagswahl von den Unabhängigen betriebenen Abstimmungs- und Verhandlungspolitik zu verdanken sei. Da diese Situation den Görlitzer Beschluß in erster Linie veranlaßt habe, hätten gerade die Unabhängigen den wenigsten Grund, sich in diese Parteifrage der SPD. zu mischen. Es wurde ferner in Aussicht gestellt, daß die Unabhängigen im Reichstage vor die Frage gestellt werden würden, ob sie in eine Regierung gehen wollten. Allein die feste Weigerung zu positiver Mit-

arbeit durch die Unabhängigen sei es, die jetzt eine politische Konstellation hervorgerufen habe, unter der etwas geschehen mußte, das geeignet war, der Republik eine festere Basis zu geben.

Die Berliner „Freiheit“, das führende Organ der Unabhängigen, ist von dieser Latschenzeichnung keineswegs erbaut. Sie bemüht sich in einem Artikel, den sie „Ein tatsächliches Manöver“ überschreibt, die Feststellung der politischen Unterlassungsünden der Unabhängigen durch einen Wall von Scheingründen zu verdecken. Die Unabhängigen hätten „der Regierung Wirt für ihre Politik der Erfüllung keinerlei Schwierigkeiten bereitet,“ heißt es in dem Hauptstück der Beweisführung.

Nun ist gerade das Verhalten der Unabhängigen zum Kabinett Wirt ein Beweis dafür, daß die Weigerung, mit der SPD. in die Regierung zu gehen, in jeder Beziehung unangebracht war. Dieses Verhalten hat gezeigt, daß die Zeiten einer von den politischen Verhältnissen „unabhängigen“ wortgewaltigen Opposition vorüber waren, als Herr Crispian dem Unterhändler Hermann Müller jenen propheten Brief schrieb, nach welchem die Unabhängigen nur in eine aus Sozialisten bestehende Regierung hineingehen würden. Die Unabhängigen mußten schon damals wissen, daß unter den herrschenden, ungemein schwierigen Verhältnissen eine rein sozialistische Regierung unmöglich sei. Sie wußte dies auch, aber sie wollte sich gegenüber der SPD. diese Gelegenheit einer von Skrupeln möglichst wenig geplagten lärmvollen Agitationspolitik offen halten.

Daß sich dies durch die immer größer werdenden Schwierigkeiten unserer Lage verbot, daß auch die Unabhängigen sich in eine stille Duldung der „Politik der Erfüllung“ hineinfinden mußten, war sicher nicht ihr Verdienst. Der Crispian-Brief war eine politische Spekulation und zwar eine verfehlte.

Es ist begreiflich, daß heute die Unabhängigen diese Verfehltheit nicht wahr haben wollen. Sie bestreht aber und wir verdanken ihr unsere heutige schwierige Lage der sozialistischen Parteien.

## Kann die Schlichtungsordnung ihren Zweck erfüllen?

Von einem Praktiker des Einigungs- und Schlichtungswesens wird uns geschrieben:

Die Kritik, die bisher in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse an dem Gesetzentwurf über die Schlichtungsordnung geübt worden ist, hat sich in der Hauptsache auf die Wirkungen erstreckt, die dem beabsichtigten Gesetz auf die gewerkschaftliche Tätigkeit zuzuschreiben sind. Mit der im Entwurf vorgesehenen Technik des Schlichtungswesens hat sich die Öffentlichkeit bis jetzt weniger befaßt. Und doch ist gerade dieser Teil der ganzen Schlichtungsordnung von ausschlaggebender Bedeutung. Von der Konstruktion des Schlichtungsapparates hängt es ab, ob der erstrebte Zweck erreicht wird oder nicht. Ist sie zwar in den besten Absichten aber doch fehlerhaft aufgebaut, so kann nie und nimmer ein fruchtbarer Betrieb möglich sein. Schließlich ist es auch nicht ganz gleich, mit welchem Aufwand die Ergebnisse erzielt werden. Wenn man von diesen Gesichtspunkten aus an eine Kritik des Entwurfes herangeht, so muß man zunächst feststellen, daß er offenbar stärker von formaljuristischen Ueberlegungen beeinflusst ist, als es der Sache und allen bisherigen Erfahrungen entspricht. Der Aufbau der Schlichtungsbehörden ist z. B. nach dem Instanzenzug der Gerichtsverfassung vorgesehen: Die erste Instanz ist das Einigungsamt, das für jeden Kreis zu errichten ist (oder für mehrere Kreise gemeinsam), die zweite das Landeseinigungsamt und die dritte und letzte das Reichseinigungsamt. Die Ämter gliedern sich wieder in verschiedene Kammern oder Senate.

Es wird also eine umfangreiche Organisation mit einem großen Stab von Beamten geplant. Obwohl unsere finanzielle Lage zu der äußersten Sparsamkeit zwingt und uns vor allem veranlassen müßte, die Notwendigkeit jeder einzelnen neuen Beamtenstelle genau zu überlegen, würde gegen die Schaffung eines so umständlichen Schlichtungsapparates nichts einzuwenden sein. Selbst wenn er 50 Millionen Mark kosten sollte, machte er sich bezahlt, wenn er nur unserer Volkswirtschaft für 100 Millionen Mark Werte rettet. Er wird aber höchstwahrscheinlich sehr viel teurer sein, wohingegen als sehr zweifelhaft bezeichnet werden muß, ob sein Nutzen dementsprechend steigt.

Bei diesem Plan wird es ganz und gar übersehen, daß sich die Gesamtstreitigkeiten aller Erfahrung nach nicht in das starre Schema eines gerichtlichen Instanzenzuges pressen lassen. Ehe ein Lohnstreik an die Schlichtungsstellen kommt, sind Verhandlungen vorangegangen; häufig haben sie sich lange hingezogen. Die Beteiligten sind schon ungeduldig. Sie erwarten ein Ergebnis. Das Scheitern der Verhandlungen regt sie noch mehr auf. Trotzdem lassen sie sich vielleicht beruhigen in der Hoffnung, vor dem Einigungsamt zu ihrem Rechte zu kommen. Aber auch dessen Schiedsspruch befriedigt sie nicht. In einem solchen Stadium der Verhandlungen spielen ja nicht nur verstandesmäßige Ueberlegungen eine Rolle, meist werden diese von Gefühlen und Stimmungen überwuchert. Gewiß kann es auch gelingen, die Ungebulbigen hinzuhalten bis eine zweite oder dritte Instanz gesprochen hat, aber in unzähligen Fällen werden die „Brocken fliegen“, Ausfälle in der Erzeugung, Einbußen an Arbeitslohn entstehen. Man hat es eben nicht mit Einzelpersonen, wie beim Zivilprozeß zu tun, die selbst dann noch nicht murren, wenn der Termin zum 25. Male vertagt wird, sondern mit Massen, die ihre Forderung ganz oder zum Teil zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihre Rechnung eingestellt haben, Massen, die leicht beeinflussbar, auch Erregungen zugänglich sind, die mit ihrer Streikfahne nur lose zusammenhängen. Wer auch nur mit einem Bein im praktischen Leben steht, muß den Gedanken für absurd halten, daß es möglich sein könnte, die Arbeitnehmer solange ruhig zu halten bis alle drei Instanzen durchgelaufen sind. Gewiß muß ein solches Verhalten der Arbeiter- und Angekündigten nicht angestrebt werden. Hier liegt eine Erziehungsaufgabe von staatspolitischer Bedeutung für die Gewerkschaften vor. Sie können sie aber bei der gewerkschaftlichen Jugend eines überwiegenden Teiles ihrer Mitglieder, angesichts des Umstandes, daß auch der Glaube einer friedlichen Beilegung der Arbeitskämpfe durch das marktmännliche Verhalten

mancher Unternehmerverbände sich nicht gerade übermäßig ausbreitet und endlich infolge der durch die unsichere wirtschaftliche Lage hervorgerufenen Stimmung nicht von heute auf morgen leisten. Das wird selbst in ruhigeren Zeiten noch einen gewaltigen Kräfteaufwand kosten.

Hätten wir heute schon eine gewisse wirtschaftliche Festigkeit erreicht, dann könnte vielleicht der Versuch mit einem so umfangreichen Behördenaufbau gemacht werden. Aber in diesen Zeitläuften einander jagender Lohnbewegungen und dauernder Unruhe beschwört man damit die Gefahr herbei, der Arbeiterschaft den guten Gedanken des gewerblichen Einigungswesens derartig zu verfehlen, daß er so leicht nicht zu volkswirtschaftlicher Bedeutung kommen kann.

Diese wirklich nicht zu unterschätzende Gefahr erscheint um so größer, wenn man die vorgeschlagene Form der Besetzung jener Behörden betrachtet. Die Vorsitzenden der Einigungsämter sollen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein und auf Vorschlag der Bezirkswirtschaftsräte von der obersten Landesbehörde bestellt werden. Diese ist jedoch an diese Vorschläge nicht gebunden. Praktisch werden die Dinge so laufen, daß irgend ein Beamter ernannt wird, der das Amt haupt- oder nebenamtlich verwaltet. Inwiefern weit im letzteren Falle der Zweck der Behörde erreicht wird, sei nicht erörtert, obwohl an Hand der Eingriffe von amtlichen Schlichtungsausschüssen in Gesamtstreitigkeiten ausreichender Stoff zu einem abschließenden Urteil vorliegt. Nehmen wir an, daß jeweils für mehrere Kreise Einigungsämter errichtet werden, denen ein Vorsitzender im Hauptamt vorsteht. Woher will man die große Zahl geeigneter Praktiker nehmen? Gewiß, sie lassen sich vielleicht ausbilden, aber zunächst muß man mit Fehlschlägen rechnen, die dem Einigungsgedanken Abbruch tun. Der Vorsitzende muß eine starke Persönlichkeit mit wirtschaftlichem Weitblick sein, die sich eine gewisse Autorität zu schaffen versteht. Mehr als jede andere Tätigkeit ist die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten auf die persönlichen Eigenschaften des Vorsitzenden abgestellt. Er braucht viel Vertrauen, wenn er erfolgreich wirken will, und kann es nur durch liebevolles Verständnis für alle Einzelheiten und unbeeirrte Sachlichkeit erwerben. Er ist dazu u. mso eher in der Lage, wenn ihm das Verfahren eine gewisse Bewegungsfreiheit läßt. Das war bei den bisherigen „Richtlinien“ der Fall, aber in Zukunft soll das Verfahren an strenge Normen gebunden sein.

Die Vorsitzenden der Landeseinigungsämter müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Beim Reichseinigungsamt wird vom Präsidenten, dem Direktor und den Senatspräsidenten die Befähigung zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst vorgeesehen. Ob die Bestellung von Juristen für diese schwierige sozialpolitische Aufgabe ein Vorteil für das Einigungswesen werden wird, bleibt abzuwarten. Eine Reihe von Juristen haben sich bisher zweifellos bewährt, besonders in der theoretischen Ausbildung des Schlichtungswesens. Ihre praktische Einschaltung erweckt jedoch erhebliche sachliche Bedenken. Die Schlichtungstätigkeit läßt sich nicht immer auf das formale Recht beschränken, wenn sie wirkungsvoll sein soll. Sie muß häufiger Zweckmäßigkeitsgründe gelten lassen, die mit den Buchstaben der Vorschrift vielleicht nicht ganz in Einklang zu bringen sind. Daß diese Gründe zum Schaben des Friedens in der Wirtschaft bei einem starken juristischen Einfluß zurückgedrängt werden, kann man heute schon als sicher annehmen. Nimmt man noch hinzu die mangelhafte sozialpolitische Erfahrung unserer Juristen, ihr geringes Verständnis für Arbeiterfragen, die Abneigung der Arbeiter, an der die heutige Justiz nicht unschuldig ist — so braucht man kein Prophet zu sein, um einen vollständigen Fehlschlag des technischen Schlichtungsapparates vorauszulagen. Dabei ist sogar noch in Aussicht genommen, daß die leitenden Juristen beim Reichseinigungsamt auf Lebenszeit ernannt werden, so daß sie also selbst im Falle völliger Ungeneigntheit nicht abgesetzt werden können.

Wenn man sich diese Bedenken in aller Ruhe und ohne Voreingenommenheit überlegt, so wird man zum mindesten zugeben müssen, daß die neue Schlichtungsordnung einen Schritt ins Dunkle bedeutet. Sie schafft einen umfangreichen und kostspieligen neuen Behördenapparat, ohne auch nur die Gewähr zu bieten, daß der sozialpolitische und volkswirtschaftliche Zweck in nennenswertem Maße erreicht wird. Ein Mißerfolg aber straft uns nicht nur mit einem Verlust an materiellen Werten, sondern läßt die Gefahr entstehen, daß der heute an Einfluß wachsende Gedanke der friedlichen Verständigung wieder in den Hintergrund gedrängt wird. Eine solche Entwicklung kann aber niemand wünschen. Daher läge es im allgemeinen Interesse, wenn die Schlichtungsordnung vorläufig zurückgestellt oder ganz umgearbeitet würde.

## Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		Berlin, 3. Oktober.	
		3. Okt.	30. Sept.
Amsterdam	100 fl.	4045.95	3696.80
Büssel (Antwerpen)	100 Frs.	889.10	809.15
Kristiania	100 Kr.	1550.90	1433.55
Kopenhagen	100 Kr.	2272.70	2072.90
Stockholm	100 Kr.	2882.15	2577.40
Helsingfors	100 finn. Mk.	179.80	162.80
Rom	100 Lire	504.45	459.50
London	1 £	478.—	429.05
New York	1 Doll.	127.37	115.58
Paris	100 Frs.	899.10	834.15
Zürich	100 Frs.	2213.95	2017.95
Madrid	100 Pesetas	1663.30	1508.45
Wien	100 K.	7.48	7.53
Budapest	100 K.	17.98	16.48
Prag	100 K.	129.60	128.10

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 3. Oktober 1921.				
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunfts-ort
D.		Trube	Otte	Emden
D.		Eibe	Klapper	Stettin
	S.	Standa	Cernelsen	Heut
	S.	Räthe	Theunert	Neufahrt
D.		Mag Fischer	Albrand	Stockholm

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freiheit Lübeck und Freiwirtschaft Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meeser & Co., sämtlich in Lübeck.

# Bekanntmachung.

Im Monat September d. J. sind beim Polizeiamt folgende Sachen als gefunden eingeliefert bzw. angezogen und bis heute nicht wieder abgefordert worden:  
 Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, mehrere lose Gelbbeträge, 1 weißer Strohhut und 1 Spazierstock, 1 schwarz-rote Schürze, 1 silberne Herrenuhr, 1 Paar schwarze Damenstrümpfe, 1 goldene Busennadel, 1 silb. Herrenuhr mit Kette, 1 Krücke, 1 schwarzes Umhängeloch, 1 Nickel-Kniveser, 1 Gürt, 1 Armband, 1 Nickel-Brille im Futteral, 1 Ring, 1 schwarze Manteltasche, 1 Taschmesser, 1 goldene Schlipsnadel, 1 Federhalter, Gürt mit Inhalt, 1 rote Kinderschürze, 1 Zigaretentasche, 1 blaue Knabenmütze, 1 Nickel-Herrenuhr mit Kette, 1 Brille und 1 Zigaretten-Gürtel.  
 Zugelaufen 2 Hunde: 1 Terrier-Hündin und ein schwarz und weißer Terrierhund.  
 Lübeck, den 1. Oktober 1921. (7256)

Das Polizeiamt.

## Museum am Dom.

Im Winterhalbjahr geöffnet: Sonntags von 11 bis 4 Uhr, Mittwochs von 2-4 Uhr, außerdem täglich außer Sonnabends von 11 bis 1 Uhr gegen Eintrittsgeld von 1 Mk. (7249)

## Karl Deiltschaff Minna Deiltschaff

geb. Reusch (7251)  
 Vermählte, Oktober 1921.  
 Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke danken herzlichst D. O.

## Christoph Hurke Charlotte Hurke

geb. Hoffmann (7252)  
 Vermählte.  
 Geb. 1. Oktbr. 1921.  
 Für erwiesene Aufmerksamkeiten danken herzlichst D. O.

## Suche f. m. 15j. Tochter

l. Nov. Stell. Fr. Mernikoff, (7248)  
 Lg. Lohberg 35.

## Mehrere Maurer gesucht

für Lübeck u. Stöckelsdorf, H. Voß, Baugeschäft, Stöckelsdorf bei Lübeck.

## Bastleid, Korsett Nr. 60

G.-Lackstraße 42, S.-Palet (Schl. 719), e. Kerbjäge, 1 1/2 Mk. 1/2 zu verk. (7258)  
 Johannisstr. 76, Fl., pt.

## Zu verk. Kinderwagen

gut erh. (7279)  
 Margaretenstr. 51.

## Ein Kachelofen b. zu verk.

(7275)  
 Gr. Kiefau 30.  
 6 junge Legehühner, eine Kükenbrut, eine Bettstelle mit Matr. zu verk. (7255)  
 Heinrichstraße 1b.

## Bl. Aquarium gef. Ang. m.

Pr. u. A K G a. d. Exped. (7247)  
 Seckergrube 6.

## Schöne billige Winteräpfel und Birnen.

Verkauf von 5 Pfund an von 8-6 Uhr bei der Haltenbrücke. (7257)

## Wer die Einigung will, lese u. verleihe die neue Schrift: Die notwendige Verständigung der Arbeiterklasse von VIKTOR SCHIFF Preis 2 Mark

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.



# Henko

## Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz  
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

# LODEN-Bekleidung ist das Beste und Billigste.

Mäntel in sachmäßiger Ausführung  
 300.- 375.- 425.- 475.-  
 Schlüpfer in prima Kamelhaar loden  
 350.- 510.- 675.- 725.- 850.-  
 Damen-Mäntel in modern. Ausführung  
 325.- 375.- 475.- 550.- 725.-

# GASSMANN

Mühlenstraße 34. (7271)

# Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend  
 Kassenöffn. 6 1/2 Uhr.  
 Heinrich Ohde. (7248)

# Konzerthaus Lübeck.

Für die Winter-Saison sind meine Säle und Klubzimmer noch einige Sonn- u. Wochentage frei.  
 Heinz Cyriacks. Tel. 418. (7246)

# Luisenlust. Morgen Tanz.

Rittwoch: Damen Eintritt frei. (7266)

# Voranzeige. Der Ball des Hochofenbetriebes

findet am Sonntag, dem 30. Oktober im Gewerkschaftshaus statt. (7250)  
 Der Festausst. (7250)

# Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.  
 Mittwoch, den 5. Okt., abends 7 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus.**  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom 2. Quartal.  
 2. Bericht vom Verbandstag.  
 3. Festlegung des Sozialbeitrages.  
 4. Bericht vom Ortsausst. (7252)  
 Des Inhalts der Anzeigen ist dringend erforderlich. Mitgliedsbücher sind vorzulegen.  
 Die Ortsverwaltung.

# Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Mitgliedschaft Lübeck.  
**General-Versammlung** am Mittwoch, d. 5. Okt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. (7258)  
 Der Vorstand.

# Achtung! Zimmerer

Schwartau-Rensefeld.  
**Versammlung** am Mittwoch, d. 5. Okt., abends 8 Uhr im Gasthof Transvaal. (7260)  
 Der Obmann.

# U.S. LINES

Regelmäßige Abfahrten  
**BREMEN NEWYORK**  
 Vorzügliche Reisegelegenheit mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington“, „America“ u. s. ab deutschem Hafen  
**BREMEN-CANADA**  
 Auskunft und Fahrpläne durch GENERALVERTRETUNG  
**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**  
 und seine Vertretungen  
 in Lübeck: (7264)  
 C. F. Schlitt & Co., Untertröve 12/13.

# Sozialdemokratische Frauen.

Donnerstag, 6. Oktober abends 8 Uhr  
**Versammlung im Gewerkschaftshaus.**  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht von der Frauenkonferenz in Götting.  
 2. Bericht von der Frauen- und die Bürgerlichkeitswahl. Ref.: Genosse Haut.  
 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
 Die Vorsitzende. (7259)

# Meteoriklubverein e. V. Lübeck

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,  
**Mitglieder-Versammlung** in den Zentralhallen, Dankwartstraße.  
 Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal.  
 2. Stellungnahme zur Bürgerlichkeitswahl. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes.  
 4. Bericht von der erweiterten Vorstandssitzung in Neumünster. 5. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.  
 Aufnahmen erfolgen vor der Versammlung, im Geschäftslokal Mariesgrube 27 und beim 1. Schachmeister Karl Kroegel, Johannisstraße 46.  
 Zahlreichen Besuch erwartet.  
 Der Vorstand. (7267)

# Turnhallen-Bauverein Lübeck e. V.

Infolge Beschlussunfähigkeit der am 3. Oktbr. 1921 tagenden General-Versammlung wird die außerordentliche  
**General-Versammlung** zu Montag, 10. Oktober, abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim, Hundelstraße, erneut einberufen.  
 Tagesordnung:  
 1. Bewilligung von Geldern an den Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Lübeck.  
 2. Anträge.  
 3. Statutenänderung.  
 4. Verschiedenes.  
 Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig!  
 Diese Versammlung ist beschlussfähig!  
 Der Vorstand. (7265)

# Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

**Versammlung der Botiere und Schachtmeister** am Mittwoch, d. 5. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. (7268)  
 Der Vorstand.

# HANSA-THEATER

Heute Dienstag 7 1/2 Uhr:  
 1. Vorst. im Dienstag-Ab.  
**Die Kinotönigin.**  
 Mittwoch u. folgende Tage:  
**Die Kinotönigin.** (7270)

# Stadttheater Lübeck.

Dienstag, 4. Okt. 7.30 Uhr.  
**Das Rheingold.** (7264)  
 8. Ab.-Vorst. Buchst. D.  
 Mittwoch, 5. Oktbr. 7 Uhr.  
**Die Braut von Messina.**  
 8. Ab.-Vorst. Buchst. D.  
 Donnerstag, 6. Okt. 7.30 u.  
**Das Rheingold.** 8. Ab.-Vorst. Buchst. D.  
 Freitag, 7. Okt. 7 Uhr.  
**Serodes u. Marianna.**  
 8. Ab.-Vorst. Buchst. D.  
 Sonntag, 9. Okt. 11 Uhr:  
 Definitive Generalprobe zum Sinfonieconcert.  
 Montag, 10. Okt. 7.30 Uhr:  
 1. Sinfonieconcert d. Sinfonie- und Stadttheaterorchesters. Leiter: Carl Mannstedt. Solist: Carl-Elli Gmanuel Feuermann. (7270)

# NEU! NEU! Das neue Lohnsteuergesetz

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)  
 Dargestellt und erläutert von Wilhelm Kell.  
**Preis Mk. 2.50.**  
 Zu beziehen durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

# Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an  
 Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

# Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse

Kimmt **Riesolda** nur der Weise: Augenblicklich wird gesund Tier u. Mensch u. Kat' u. Hund.

# Läuse

in 1/2 Stunde vernichten **Garantie Kopf.** Filz- und Sie unter **Garantie Kopf.** Kleider- sowie Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier „Riesolda“, g. gesch. Mitt. Wund. menschl. Verk. nur: Heintz Wiese, Aegidienstr. 4. Preis 5 und 7.50 Mk. (7261)

**100 Mk. Belohnung!** (7260)  
 erhalten Sie, wenn Sie beweisen, das Ihre **Zäuswürger, Wotzen, Lebersteine und Hühneraugen** nach Anwendung ohne Schmerzen und Stellen durch das **Universalmittel „Loko“** nicht verschwinden sind. **Ausscheiden!** **Anzeige erscheint nicht oft.**

# Der Neue-Welt-Kalender für 1922

erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. (Lübeck Volksbot.), Johannisstr.







